

Stadt Lüneburg
Frau Gissa Ebrahimi-Katuli
Fachstelle 501
Klosterhof 20 a
21335 Lüneburg



Fraktion im Stadtrat Lüneburg

Dipl. Oek. Malte Riechey
Fraktionsvorsitzender

Vor dem Bardowicker Tore 3
21339 Lüneburg

Telefon 04131 289 148
Telefax 01212 60 40 400 44

Ratsherr.Riechey@Online.de
Linksfraktion.Lueneburg@Online.de

SOZIALAUSWEIS

Antrag an den Sozial- und Gesundheitsausschuss

Lüneburg, den 11.03.2007

Sachverhalt

Vielen Menschen mit geringem finanziellem Einkommen ist die Teilhabe an der Lüneburger Kultur und Infrastruktur praktisch versagt. Bestimmte Gruppen von Bedürftigen erhalten zum Teil Ermäßigungen (Schüler, Studierende, Rentner), während z.B. Hartz IV Empfänger oder Geringverdienende mit z.T. geringerem Einkommen den Vollpreis zahlen müssen. Die Bedürftigkeit ist nicht davon abhängig, einer bestimmten Statusgruppe anzugehören, sondern faktisch über ein nicht ausreichendes Einkommen zu verfügen, um den vollen Preis zu bezahlen. Daher sollten alle Vergünstigungen kommunaler und städtischer Kultur- und sonstiger Infrastruktureinrichtungen, vereinheitlicht werden und für alle Bürgerinnen und Bürger gelten, die im Monat weniger als 1000,- € netto zur Verfügung haben.

Die Einführung soll dabei in einem mehrstufigen Verfahren erfolgen. Im ersten Jahr sollen die Vergünstigungen auf Grundlage der bisher gewährten Ermäßigungen für einzelne Gruppen gewährt werden, die dann einheitlich für alle Vergünstigungsberechtigten gelten. Nachdem Erfahrungen über die Nutzungsintensität und Zusatzkosten gesammelt wurden, soll der gewährte Rabattsatz schrittweise erhöht werden, mit dem Ziel langfristig bis zu 50% Ermäßigung gewähren zu können.

die Fraktion Die Linke beantragt, der Ausschuss möge beschließen:

Beschlussvorlage

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Trägern von Freibädern, Hallenbädern, Museen und mit dem Theater Lüneburg sowie dem Hamburger Verkehrsverbund (HVV) ergebnisorientierte Verhandlungen mit dem Ziel der Einführung eines Sozialausweises aufzunehmen. Die gewährten Ermäßigungen sollen schrittweise erhöht werden und langfristig bis zu 50% erreichen.
2. Ein Sozialausweis soll zu folgenden Konditionen ausgegeben werden:
 - a. Den Sozialausweis können alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Lüneburg erhalten, die im Monat weniger als 1000,- Euro netto zur Verfügung haben.
 - b. Der Sozialausweis kostet 15,- Euro im Monat. Dieser beinhaltet eine Eintrittsermäßigung zunächst einheitlich in der Höhe der bisher gewährten Ermäßigungen in den Hallen- und Freibädern, in Museen und im Theater sowie eine Monatsfahrkarte für den Lüneburger Stadtbus.

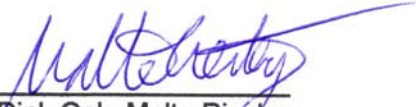
- c. Wer das Busangebot nicht nutzen möchte und die unter a genannten Bedingungen erfüllt, kann einen kostenlosen kleinen Sozialausweis erhalten. Dieser beinhaltet die Eintrittsermäßigung in den Hallen- und Freibädern, in Museen und im Theater.
 - d. Kinder und Jugendliche von Eltern, die die Bedingungen unter a erfüllen, erhalten kostenlosen Eintritt in Frei- und Hallenbädern, in Museen und im Theater.
3. Der Sozialausweis kann formlos beim Bürgeramt beantragt werden. Entsprechende Einkommensbelege sind beizufügen.

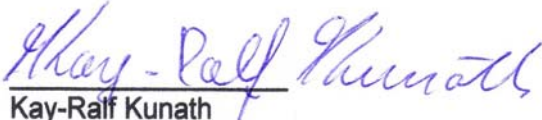
Begründung:

Die Stadt Lüneburg ist seit Jahren von hoher Arbeitslosigkeit betroffen. Geringverdiener und Empfänger von sozialen Leistungen können sich Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Besuche von Schwimmbädern und Museen nur noch selten leisten. Sie werden damit von weiten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen. Die Stadt Lüneburg hat nach unserer Auffassung auch die Aufgabe, der Desintegration der Bürger und Bürgerinnen entgegen zu wirken.

Das Arbeitslosengeld II enthält nur eine monatliche Pauschale von 18,11 Euro monatlich für Mobilitätskosten. Hierin sind auch die Kosten für den Fernverkehr eingeschlossen. Die Monatsfahrkarte für den Lüneburger Stadtbus kostet jedoch zur Zeit 41 Euro.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.


Dipl. Oek. Malte Riechey
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
Fraktionsvorsitzender „Die Linke“


Kay-Ralf Kunath
Ratsherr im Stadtrat Lüneburg
stellvertr. Fraktionsvorsitzender „Die Linke“